



Franziska Becker

MITTENDRIN FÜR WILMERSDORF



NEWSLETTER
Franziska Becker MdA
Ausgabe Februar 2014
www.becker2011.de

Liebe Leserin und lieber Leser,

nein, ich kann nicht sagen, dass die Tätigkeit als Abgeordnete langweilig und arm an Ereignissen ist. Die Bundestagswahl, mit Mitgliederentscheid und anschließend GroKo ist noch gar nicht lange her, ebenso der verabschiedete Berliner Doppelhaushalt für die Jahre 2014/15. Und während ich diese Zeilen schreibe, sollte unsere Braunschweiger Fraktionsklausur Ende Januar sowie die Unterzeichnung des Mietvertrages für mein Bürgerbüro ab 1. März 2014 im Fokus stehen.

Dann plötzlich, mitten in der Winterferienwoche, erschütterte mich die Nachricht vom Rücktritt von Kulturstaatssekretär André Schmitz, der rasch zu einer causa Wowereits wurde. Die Sache erlebte am 10. Februar 2014 mit der Sondersitzung des Rechtsausschusses (gemeinsam mit dem Kulturausschuss) im Abgeordnetenhaus ihren vorläufigen Höhepunkt. In jener Woche sah ich so manche Bilder, etwa die von brennenden Hütten, deren Herr (glücklicherweise) nicht im Hause ist. Ich musste auch viel an die klugen Worte von Paul Watzlawick denken, wonach man nicht nicht kommunizieren kann. Geredet wurde viel, ebenso geschrieben, Kluges wie weniger Kluges.

Zwischenbilanzierend halte ich einmal mehr fest, dass Klaus Wowereit einfach eine herausragend starke und beinharte Persönlichkeit ist, eine, der man „so schnell das Wasser nicht reichen kann“, um mit den Worten unseres Parteivorsitzenden zu sprechen.

So sah der Ernst-Heilmann-Saal am 10.2.2014 zur Sondersitzung aus



Journalisten und Abgeordnete warten auf Wowereits Erklärung.



In Klaus we trust.

Leichte Zeiten stehen uns dennoch kaum bevor. Am 25. Mai 2014 ist Europawahl und der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld. Wir werden bis dahin in die Rolle engagierter Wahlkämpferinnen und -kämpfer schlüpfen, die hinter der gemeinsamen Sache solidarisch und engagiert stehen. Wir werden diese Rolle gut spielen, weil wir die richtigen Inhalte vertreten. Dafür werben wir offensiv.

Wir werden mit „Europa eine neue Richtung geben“ (SPD-Programm zur Europawahl) und „Gegen Stillstand auf dem Tempelhofer Feld“ am 25. Mai 2014 erfolgreich sein.

Herzliche Grüße

Franziska Becker

I. Aus der Fraktion

Bericht und Ergebnis der Fraktionsklausur

Vom 24.-26. Januar 2014 machten wir uns als SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus samt Senat, also unseren SPD-SenatorInnen und ihren -StaatssekretärInnen, dem Regierenden Bürgermeister sowie neun ParlamentsredakteurInnen im ICE 597 auf den Weg nach Braunschweig zu unserer alljährlichen Fraktionsklausur.

Schwerpunktthema war die innere Sicherheit. Ferner ging es um die Entwicklung der Berliner Bäderbetriebe und Berliner Wasserbetriebe.

Fraktionsvorsitzender **Raed Saleh** eröffnet mit einer Halbzeitbilanz



- Die Rede von Raed Saleh Rede im Internet:

http://www.spdfraktion-berlin.de/fileadmin/bilder/pdf/Reden/140123_Rede_FV_Presse.pdf

Am zweiten Tag beschlossen wir nach ausführlicher Diskussion unsere Resolution mit dem klingenden Titel "Verantwortung für Liberalität und Sicherheit in einer Stadt der Vielfalt". Innerpolitisches Programm 2014-2016 der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin".

Gerade in Bezug auf die Polizei und Flüchtlingspolitik haben wir deutlich andere politische Akzente gesetzt als die CDU.



- Die Gesamtresolution v. 25.01.2014:

http://www.spdfraktion-berlin.de/fileadmin/bilder/pdf/papiere/Gesamtresolution_Endfassung.pdf

Ein paar Auszüge aus der Resolution: Im Bereich Inneres wollen wir eine **unabhängige Beschwerdestelle** für Bürgerinnen und Bürger schaffen, die sich von der Polizei ungut behandelt fühlen. Bisher geht das nur bei der Polizei selbst. Die CDU lehnt diesen Vorstoß ab. Wir wollen auch den Einsatz von **Elektroschock-Waffen, sogenannten Tasern, nicht ausweiten**, obwohl die Polizei das für sinnvoll hält. Weiter schlagen wir eine kombinierte Wache von Bundes- und Landespolizei sowie Ordnungsamt am Alexanderplatz vor. Auch hierfür kann sich die CDU nicht erwärmen und lehnt das ab. Besonders deutlich ist unser **Nein zum Racial Profiling** sowie die klaren Aussagen zur Flüchtlingspolitik.

- Eine weitere Resolution verabschiedeten wir zu "Rechtsextremismus nachhaltig bekämpfen - Konsequenzen aus der NSU-Mordserie ziehen":

http://www.spdfraktion-berlin.de/fileadmin/bilder/pdf/papiere/NSU_2014_01_24_Ergebnis.pdf

Eva Högl MdB berichtete über den NSU-Untersuchungsausschuss



- Beschluss "Berlins Bäderlandschaft weiterentwickeln":

http://www.spdfraktion-berlin.de/fileadmin/bilder/pdf/papiere/Baeder_2014_01_24_Ergebnis.pdf

Hierzu hatten wir die beiden Geschäftsführer der Berliner Bäderbetriebe zu Gast. Wir wollen in den nächsten Jahren bis zu 100 Millionen Euro für neue Bäder mit differenzierten Angeboten investieren (mögliche Standorte könnten Pankow, Mariendorf, Charlottenburg sowie das Tierpark-Gelände in Friedrichsfelde sein).

- Die Berliner Abendschau berichtete dazu am 24.1.2014:

<http://mediathek.rbb-online.de/rbb-fernsehen/rbb-aktuell/berliner-spd-geht-in-klausur?documentId=19257004>

- Beschluss "ASOG anpassen und parlamentarische Kontrolle stärken", "Sicher leben in Berlin - Organisierte Kriminalität bekämpfen, den öffentlichen Raum schützen", "Perspektiven für den Öffentlichen Dienst", "Umsteuern in der Flüchtlingspolitik - Europäische Dimension beachten":

http://www.spdfraktion-berlin.de/fileadmin/bilder/pdf/papiere/ASOG_Krim_OeffDienst_Fluechtl_2014_01_25_Ergebnis.pdf

Das ASOG ist das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz in Berlin und regelt Aufgaben, Zuständigkeiten und Befugnisse der Berliner Ordnungsbehörden und der Berliner Polizei, etwa wann sie ermächtigt ist, präventiv zu handeln bzw. wie und wann ein Eingreifen in Gefahrensituation gestattet ist:

- Die RBB-Abendschau berichtete über uns am 25.1.2014 zur Innen- und Sicherheitspolitik:

<http://mediathek.rbb-online.de/rbb-fernsehen/abendschau/spd-diskutiert-ueber-innere-sicherheit?documentId=19268336>



Polizeipräsident Klaus Kandt (l) und Klaus Wowerit.

Klaus Wowerit brachte sich in allen Themenfeldern intensiv ein. Hier diskutieren wir über die Besoldung der Landesbeamten der Berliner Polizei und hatten den Polizeipräsidenten **Klaus Kandt** zu Gast (wir fordern ab 2016 stets ein halbes Prozent mehr Besoldung ggü. dem Durchschnitt der anderen Bundesländer).



Die durchgehend konzentrierte Arbeitsatmosphäre ist typisch für SPD-Fraktionsklausuren.

Volksentscheid „100 % Tempelhofer Feld“

Nun steht es fest: Am **Sonntag, 25. Mai 2014**, findet mit der Europa-Wahl der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld statt. Die Initiative „100 Prozent Tempelhofer Feld“ hatte in einem Volksbegehren ausreichend Stimmen für den Volksentscheid über die Randbebauung des stillgelegten Flughafens gesammelt. Sie will die geplante Bebauung von bezahlbaren Wohnraum im innerstädtischen Bereich leider verhindern. Ist der Entscheid erfolgreich, dann dürfen auf dem ehemaligen Flughafengelände keine Häuser entstehen, keine neuen Bänke aufgestellt oder Bäume gepflanzt werden. Der Senat plant an drei Rändern des Feldes Wohnhäuser, in der Mitte soll eine 230 Hektar große Freifläche erhalten bleiben.

Wir wollen ein ausgeglichenes Verhältnis von Freizeit und Wohnen und vertreten daher offensiv eine Teilbebauung am Rande – alles andere ist 100 % Stillstand!

- Flyer der SPD-Fraktion zum Tempelhofer Feld:

http://www.spdfraktion-berlin.de/uploads/media/SC_SPD_Fbl_Tempelhofer_Freiheit_Okt_2013.pdf

- Eindeutig äußert sich dazu Senator Michael Müller im Interview mit der Berliner Zeitung v. 1.2.2014:

<http://www.berliner-zeitung.de/tempelhofer-feld/volksentscheid-tempelhofer-feld-es-drohen-100-prozent-stillstand.22786336.26055520.html>

Arbeitsausschuss: Anhörung zu Ombudsstellen für ALG II-EmpfängerInnen

Am 23. Januar 2014 hatten wir im Arbeitsausschuss eine Anhörung zu „Ombudsstellen für ALG II-EmpfängerInnen“. Eine Ombudsstelle gibt es jeweils in Friedrichshain-Kreuzberg sowie in Tempelhof-Schöneberg mit dem Ziel, mögliche Klagen gegen SGB II-Bescheide („Hartz IV“) im Vorfeld durch Dialog und Klärung zu erübrigen. Beide Modelle sind unterschiedlich organisiert, beide sind erfolgreich. In Kreuzberg-Friedrichshain gibt es eine ehrenamtliche Variante, in Tempelhof-Schöneberg ist die Clearingstelle im Jobcenter zuständig. Bei Interesse schicke ich die Anhörungsunterlagen zu.

Wir sollten für Charlottenburg-Wilmersdorf prüfen, ob ein Modell für eine Ombudsstelle hier denkbar, sinnvoll und gewollt ist.

II. Aus dem Parlament

Parlament beschließt Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes für Berlin

Es sind gute Nachrichten, dass wir am 31. Januar 2014 das „Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen“ nun auch für Berlin im Parlament endlich beschlossen haben.

Damit ist für Berufe, die landesrechtlich geregelt sind, wie z.B. ErzieherInnen, LehrerInnen, IngenieurInnen, ein gesetzlicher Anspruch auf ein Verfahren zur Feststellung von Gleichwertigkeit von Berufsqualifikationen vorgesehen.

Fachkräfte können also ihre im Ausland erworbenen Berufe bewerten und anerkennen lassen und verbessern ihre Chancen

Girls´ Day am 27. März 2014 im Abgeordnetenhaus

Der SPD-Landesverband organisiert dieses Jahr leider kein zentrales Angebot zum Girls´ Day am 27. März 2014, dem "Zukunftstag für Mädchen" für erste Einblicke ins Arbeitsleben. Weil uns dieser Tag lieb und teuer ist, werden wir als SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus interessierten Mädchen ab 6. Klasse ein Angebot machen.



Geplanter Ablauf:

9 Uhr Begrüßung mit kleinem Frühstück, Vorbereitung auf den Tag (u.a. mit einem "Abgeordnetisch-Deutsch"), alternativ Teilnahme am Arbeitsausschuss oder Hausführung, abschließend Diskussions- und Fragenrunde mit Abgeordneten, Ende ca. 13.30 Uhr.

Weitere Anmeldungen sind willkommen:

Interessierte Mädchen sollten sich rasch bei mir per E-Mail unter franziska.becker@spd.parlament-berlin.de oder auf der Webseite des Girls´ Days unter <http://www.girls-day.de/> anmelden.

Enquete-Kommission „Neue Energien für Berlin“

Auf Wunsch der Opposition wird demnächst eine Enquete-Kommission „Neue Energien für Berlin“ eingesetzt. Ich habe mich dazu als stellvertretendes Mitglied gemeldet.

Derzeit ist noch nicht abschließend geklärt, nach welchem Mehrheitsverfahren die Kommission gebildet wird. Jede Fraktion kann dazu Expertinnen und Experten einladen, die in Fachfragen beratend zur Seite zu stehen. Sie haben bei Abstimmungen die gleichen Rechte wie die Abgeordneten, stimmen also gleichberechtigt mit.

Das zu beschließende Anerkennungsgesetz für Berlin ist ein arbeitsmarkt- und integrationspolitischer Meilenstein und es fördert Aufstiegskultur - ganz im sozialdemokratischen Sinne.

Berlin profitiert von bereits gut ausgebildeten Fachkräften, das sowohl für die private Wirtschaft als auch öffentliche Verwaltung gleichermaßen gilt. ZuwandererInnen profitieren, weil ihre beruflichen Abschlüsse, Erwerbsbiografien und Bildungsleistungen endlich anerkannt werden und sie im erlernten Beruf arbeiten können.

- Meine Plenarreden zum Anerkennungsgesetz:

1. Lesung vom 7.11.2013:

<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/PlenarPr/p17-038-wp.pdf#page=80> (S, 3800 f.)

auf dem Arbeitsmarkt, aber auch auf eine Beschäftigung, die den Qualifikationen und Kompetenzen entspricht.

Es endet paradoxe Situation: viele in der Stadt lebende und gut ausgebildete Menschen konnten bislang ihren Beruf nicht ausüben, obwohl sie in diesem eigentlich dringend gebraucht werden. Vielen von ihnen sind sogar auf staatliche Transferleistungen angewiesen.

Kleine Anfrage: „WTA-Tennis-Turnier wieder nach Berlin? Welche Zukunft hat das „Steffie Graf-Stadion“?

Anlass für diese Kleine Anfrage war eine RBB-Berichterstattung Anfang Oktober 2013 (ja, die Innenverwaltung brauchte drei Monate zur Beantwortung meiner kleinen Anfrage inkl. Beschwerde über diesen Zeitverzug) über die möglichen Absichten Michael Stichs, in Berlin wieder ein internationales Frauentennis-Turnier auf Rasen (wieder) nach Berlin zu holen, auf die Rot-Weiß-Anlage im Grunewald.

Da ich weiß, dass dieses Stadion völlig marode ist, interessierte mich einmal die Senatssicht auf die Dinge:

- Kleine Anfrage:

<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/KIAnfr/ka17-12777.pdf>

LGG-Verwaltungsvorschriften

Am 20. Januar 2014 nahm ich auf Einladung der Frauenverwaltung an der Jahresveranstaltung zum Berliner Landesgleichstellungsgesetz teil (LGG). Dieses Mal ging es um die Ausführungsvorschriften zum LGG die demnächst im Senat verabschiedet werden.

Petra Siebert (Frauenvertreterin in der Innenverwaltung, Susanne Stumpfenhusen (Landesbezirksleiterin Ver.di), Dr. Jutta Glock (Vorsitzende des Deutschen Juristinnenbundes LV Berlin) sowie Staatssekretärin Barbara Loth und Senatorin Dilek Kolat nahmen Stellung.

Es wurde umfangreiches Material ausgelegt.

III. Aus dem Senat

Berlin gibt Startschuss für Jugendberufsagentur

Ich unterstütze es ausdrücklich, dass sich eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Senat (Bildungs- sowie Arbeitsverwaltung), Agentur für Arbeit, Jobcentern, Verbänden der Berufsbildung sowie Sozialpartner haben sich für ein Modell für eine Jugendberufsagentur in Berlin ausgesprochen hat.

2. Lesung vom 30.1.2014:

<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/PlenarPr/p17-042-wp.pdf#page=47> (S. 4277 f.)

- Erwähnung in der taz vom 31.1.2014:

<http://www.taz.de/Integration-wird-erleichtert/1132126/>

IHK-Gesprächskreis „Berufliche Bildung in Berlin“

Ich war am 21. Januar 2014 Gast bei der Auftaktveranstaltung der Industrie- und Handelskammer (IHK). Diese Dialogreihe wird gemeinsam mit der Handwerkskammer (HWK), dem Unternehmerverband Berlin-Brandenburg (UVB) und der Berliner Schulleitervereinigung (BBB) durchgeführt. Eingeladen waren die berufs- und -bildungspolitischen SprecherInnen der Fraktionen. Wir informierten einander über geplante Projekte. Alle Einladenden betonten die Wichtigkeit eines konzertierten Vorgehens auf dem Berliner Ausbildungsmarkt, um Jugendliche erfolgreich in Ausbildung oder Studium zu vermitteln bzw. Unternehmen ausreichend und gut mit Fachkräften zu versorgen. Ebenso begrüßen alle Beteiligten die Einrichtung einer Jugendberufsagentur.

Fazit: Abgestimmtes Verhalten zwischen den berufsbildungspolitischen Akteuren ist eigentlich kein Novum in der Stadt. Auf dem Weg zur win-win-Situation bedarf es langen Atems und es sind einige Dicke Bretter zu bohren.



Im nächsten Schritt wird bis zum Sommer 2014 die konkrete Umsetzung in den Bezirken geplant, damit ein rascher Projektstart gut gelingen kann. Ebenso wird die „Wirtschaft“ eingebunden. Das Modell der Jugendberufsagentur ist nicht ganz unbekannt in Berlin und wird auf bereits funktionierende Berliner Ansätze und Angebote aufbauen.

Eine Jugendberufsagentur soll als Anlaufstelle „unter einem Dach“ fungieren und Jugendliche besser als bisher und umfassend beraten (also auch bzgl. der persönlichen oder finanziellen Situation – neben der beruflichen).

Es geht um die wichtige Übergangsphase nach der Schule (10. Klasse) in den Beruf. Ziel ist es, den Beratungsprozess von Jobcentern, Arbeitsagenturen, Jugend-, Studien- und Schulberatung durch regionales Zusammenführen kundenfreundlicher und effizienter zu gestalten (z.B. sollen die Rechtskreise nach SGB II bzw. III sowie der Jugendhilfe besser zusammengeführt werden). Neue Verwaltungsstrukturen sollen nicht aufgebaut, sondern Kooperationsvereinbarungen getroffen werden.

Künftig soll vermieden werden, dass Jugendliche planlos von einer Beratungsstelle zur nächsten gehen müssen (oder eben nicht). Es ist uns ein dringendes Anliegen, mehr über den „Verbleib“ von Jugendlichen in der Übergangsphase zu erfahren, um bessere und passendere Angebote „aus einer Hand“ zu unterbreiten (weniger mangelndes Geld ist das Problem als die Unübersichtlichkeit des bestehenden Systems).

- Die Berliner Empfehlungen für eine Jugendberufsagentur vom 22. Januar 2014 im Internet:

http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungswege/nach-der-schule/bericht_jugendberufsagentur.pdf

- Ich stellte dazu eine mündliche Anfrage am 30. Januar 2014 im Plenum gestellt:

<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/PlenarPr/p17-042-wp.pdf#page=13> (S. 4241 f.)

- Zuvor sprach ich im Plenum vom 21. Februar 2013:

<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/PlenarPr/p17-027-wp.pdf#page=94> (S. 2585 f.)

IV. Aus dem Wahlkreis und den beiden Abteilungen Wilmersdorf-Nord (98) und Wilmersdorf-Südost (91)

Bürgerbüro von Franziska Becker öffnet am 1. März 2014 in der Fechnerstraße 6a

Ab dem 1. März läuft mein Mietvertrag für mein Bürgerbüro in der Fechnerstraße 6a (Ecke Gastener Straße).

Es befindet sich mittenmang und ziemlich genau auf der Grenze der beiden Wahlkreis-Abteilungen 98 (Wilmersdorf-Nord) und 91 (Wilmersdorf-Südost).

Es ist ein großer heller Raum mit 65 qm und liegt zwischen Berliner Straße und Umlandstraße (Nähe U-Bahnhof Blissestraße und Bushaltestelle 249).

Die offizielle öffentliche Einweihungsfeier findet an meinem Stadteiltag am Freitag, 23. Mai 2014, statt (Einladung folgt).



Die Parlamentsreform macht's möglich

Das neue Bürgerbüro steht eng im Zusammenhang mit der kürzlich verabschiedeten Parlamentsreform.

- Dazu nehme ich auf meiner Webseite ausführlich Stellung:

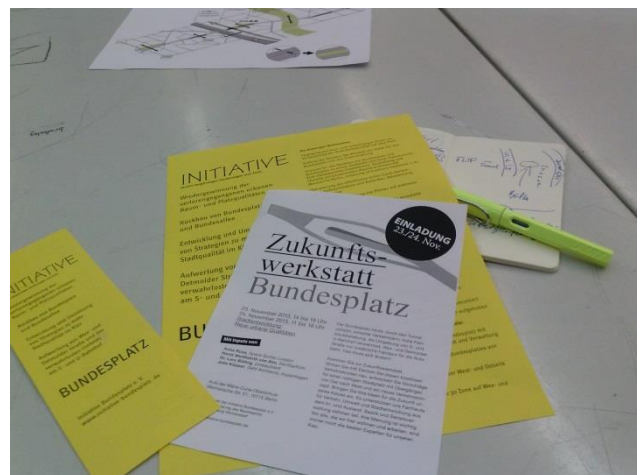
<http://www.becker2011.de/nachrichten/7308552.html>

Neues vom Bundesplatz und der Bundesplatz-Initiative

Am 4. Februar 2014 nahm ich an der außerordentlichen Mitgliederversammlung der Bundesplatz-Initiative teil. Der Vorstand bat seine Mitglieder um ein Handlungsmandat, um die Arbeitsergebnisse der "Zukunftswerkstatt Bundesplatz" abzusichern und sie künftig gegenüber Politik und Verwaltung vertreten zu dürfen.

Die Ergebnisse wurden ebenso wie das weitere Vorgehen ausgiebig diskutiert und in einem **15-Punkte-Plan** festgehalten. Darüber hinaus wurde die Bildung eines wissenschaftlichen Beirats verabschiedet.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hatte im vergangenen Herbst eine Zukunftswerkstatt auf Initiative der bezirklichen SPD mit 25.000,- Euro unterstützt.



Die Zukunftswerkstatt fand im Oktober und November 2013 statt.

V. Ausgewählte Termine im Februar und März 2014

Stadtpolitische Kongress der JUSOS am 22. Februar 2014:
Hier bin ich als Referentin für das Panel 08 zum Thema „Berlin in der Krise“ eingeladen:

<http://berlinupsidetown.jusosberlin.de/>

Tennis Borussia (Fußball):

Das Auswärts-Spitzenspiel bei Hertha 03 Zehlendorf findet nicht wie ursprünglich geplant am Sonntag (2. März) statt, sondern am Samstag (1. März). Anpfiff ist um 14.00 Uhr auf dem Ernst-Reuter-Sportfeld. Wer kommt mit?

Wahlkreisstag am 7. März 2014:

Anlassbedingt findet mein Wahlkreisstag am 8. März 2014 zum Internationalen Frauentag auch zum Schwerpunkt „Frauen“ statt.

Ich besuche entsprechende Einrichtungen im Wahlkreis und freue mich, wenn ihr Interesse habt, mich zu begleiten. Gerne schicke ich euch den Ablauf zu.



Rosenverteilen am Internationalen Frauentag 8. März 2014:

Wie in jedem Jahr verteile ich am 8. März 2014 Rosen zum Internationalen Frauentag.
Ihr könnt mich von **10.00 bis 12.00 Uhr** am **Prager Platz** treffen.

... und im Anschluss: Einladung zum „Schnupperbesuch“ in meinem neuen Bürgerbüro:

Wer nach dem Rosenverteilen am **8. März 2014** Zeit und Lust hat, kann mich in meinem neuen Bürgerbüro besuchen (für einen Mini-Imbiss wird gesorgt sein).

Es ist noch keine Eröffnungsparty, aber ich würde mich freuen, wenn wir uns zwischen **12.30 Uhr und 15.30 Uhr** in der Fechnerstraße 6a (Ecke Gasteiner Straße) sehen.

Kostenlose Rechtsberatung zum Miet-, Verbraucherschutz- und Arbeitsrecht: 12. März 2014

Die SPD-Abteilung Wilmersdorf-Nord bietet eine Rechtsberatung (Erstberatung) zum Miet-, Verbraucherschutz- und Arbeitsrecht an. Eine Voranmeldung ist nicht erforderlich.

Es stehen drei auf Miet-, Verbraucherschutz- sowie Arbeitsrecht spezialisierte Rechtsanwälte interessierten Bürgerinnen und Bürgern zur Einschätzung der Probleme zur Seite.

Die Beratung ist kostenlos.

Mehr: <http://www.becker2011.de/nachrichten/7308505.html>

Nächster Termin: Mittwoch, 12. März 2014, 17.00 bis 19.00 Uhr, Kita Aventura, Nikolsburger Platz.

Sprechstunde im Bundesplatz-Kino: 21. März 2014

Meine Bürgersprechstunden im Bundesplatz-Kino führe ich auch trotz des Bürgerbüros fort.

Die nächste Sprechstunde findet dort statt am **Freitag, 21. März 2014, 15.00 bis 16.30 Uhr**, im Café des Bundesplatz-Kinos (U- und S-Bahnhof Bundesplatz).

Mehr: <http://www.becker2011.de/nachrichten/6268679.html>

Kontakt und Impressum:

Abgeordnetenhaus von Berlin Bürgerbüro Wilmersdorf

Franziska Becker MdA (ab 1. März 2014)
SPD-Fraktion

Abgeordnetenhaus von Berlin Franziska Becker MdA
Niederkirchnerstraße 5 Fechnerstraße 6a
10117 Berlin 10717 Berlin

Tel.: (030) 2325 - 22 81 Sprechstunden/Telefon
Tel.: (030) 2325 - 22 29 demnächst.

V.i.S.d.P.:

Franziska Becker, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (MdA), direkt gewählte Abgeordnete im Wahlkreis 6 in Wilmersdorf.

E-Mail:
franziska.becker@spd.parlament-berlin.de

Webseite:
<http://www.becker2011.de>

Facebook:
<https://www.facebook.com/franziska.becker2011>